

Notbremse für ALV-Kasse

Arbeitslosenversicherung: Anpassung der Leistungen, moderate Beitragserhöhung

VADUZ – Die Arbeitslosenversicherung ist in eine finanzielle Schiefelage geraten, die Selbstfinanzierung ist seit Jahren nicht mehr gewährleistet. Nun will Wirtschaftsminister Meyer gegensteuern.

• Michael Benvenuti

Im Jahr 2000 schrieb die Arbeitslosenversicherung mit einem Plus von rund 5 Millionen Franken letztmals schwarze Zahlen. Das Eigenkapital betrug satte 87 Mio. Franken. Seither ging es rasant bergab. Selbst in Zeiten von Hochkonjunktur und tiefen Arbeitslosenzahlen wies die ALV in den vergangenen Jahren beträchtliche Defizite aus. 2009 betrug das Minus rund 17 Mio. Franken – trotz eines Staatsbeitrages in Höhe von rund 6 Mio. Franken. Hauptgrund für diesen Verlust war in erster Linie die Kurzarbeit, deren Finanzierung 16,3 Mio. Franken verschlang. Das ALV-Eigenkapital schrumpfte auf 23,9 Mio. Franken per Ende 2009. Das wiederum heisst: Die ALV könnte, bei einem ähnlichen Defizit wie 2009, im Jahr 2011 ein Liquiditätsproblem haben.

Anpassungen bei Leistungen

Nun will die Regierung wirksame Massnahmen ergreifen und die Arbeitslosenversicherung wieder auf eine solide finanzielle Basis stellen. Gelingen soll dies mit einem «ausgewogenen Mix von gezielten, sozialpolitisch vertretbaren Leistungskürzungen und einer moderaten Erhöhung der Beiträge», wie es Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer gestern formulierte.

So soll die Mindestbeitragszeit analog der Schweiz auf zwölf Monate angehoben werden. Bislang reichten bereits sechs Monate Beitragszeit, um Arbeitslosengeld kas-



Martin Meyer: «Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes bleibt weiterhin vollumfänglich gewahrt.»

sieren zu können. Geplant ist weiter, die Höhe der Taggelder und die Leistungsdauer künftig stärker nach der erbrachten Beitragszeit auszurichten. Zur weiteren Entlastung der ALV sollen die Einführung einer abgestuften Wartezeit und die Festsetzung der Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung von 84 auf neu 80 Prozent des Verdienstaufschlags beitragen.

Die Regierung will aber nicht nur ausgabenseitig sparen, auch die Einnahmen sollen angepasst werden. «Denn ohne eine Erhöhung des Beitragssatzes könnte das finanzielle Gleichgewicht der Arbeitslosenversicherung nur durch massive Leistungskürzungen sichergestellt werden», warnte Meyer.

Die Regierung schlägt daher eine Erhöhung des Beitragssatzes von momentan 0,5 auf 1 Prozent vor. Ein konkretes Beispiel: Bei einem monatlichen Bruttolohn von 5000 Fran-

ken müssten Arbeitnehmer wie Arbeitgeber 25 statt bisher 12.50 Franken berappen. Zum Vergleich: In der Schweiz müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab 2011 mit je 57.50 Franken deutlich mehr berappen. In Österreich und Deutschland liegen die Beitragssätze sogar noch höher als jene in der Schweiz.

Weiter wettbewerbsfähig

Mit dieser Beitragserhöhung könnten die Lohnnebenkosten auch in Zukunft niedrig gehalten werden, sagte Meyer: «Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein bleibt vollumfänglich gewahrt.»

Durch die Erhöhung des Beitragssatzes würde der Staat Mehreinnahmen von rund 10 Mio. Franken im Jahr lukrieren. Das ist übrigens exakt jene Summe, die auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2011 in die Staatskasse spülen

wird. Die FBP wollte dieses Geld ja ursprünglich zur Sanierung der ALV zweckbinden, was allerdings am Widerstand von VU und Freier Liste scheiterte.

Die Vernehmlassungsvorlage sieht ausserdem eine Anhebung des Höchstbetrages des versicherten Dienstes von derzeit 97 200 auf neu 126 000 Franken vor. Zudem sollen die Arbeitgeber die ALV-Beiträge künftig zusammen mit den übrigen Beiträgen an die AHV entrichten können, was insbesondere für Kleinbetriebe eine Erleichterung darstellt, so Meyer.

Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 9. April, wenn alles glatt läuft, könnte das neue Gesetz per 1. Januar 2011 in Kraft treten. **Seite 5**



www.volksblatt.li